Dresdner Nachrichten.
Nr. 28. Seite 2 — Mittwoch, 29. Januar 1890.

etat wurde genehmigt. Bei dem Etat des Innern theilte Minister v. d. Recke mit, daß die Regierung ernstlich entschlossen sei, an eine Wahlreform heranzutreten, daß sie aber keinen Schritt in's Dunkle thun wolle und deshalb abwarten müsse, bis die Erhebungen über die Wirkung der Steuerreform auf das Wahlergebniß klar vorliegen.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" schreibt: Erklärungen, welche der Kriegsminister zur Frage der Volksschullehrer in der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages vom 24. ds. M. abgegeben hat, sind zum Theil unrichtig in der Presse wiedergegeben. Thatsächlich ist Folgendes: Auf Anfrage eines Abgeordneten, ob es in der Absicht liege, den Seminar-Abiturienten die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst beizulegen, erwiederte der Kriegsminister, daß zufolge der unter dem 27. Januar 1885 ausgesprochenen allerhöchsten Willensmeinung ist die Dienstzeit der Volksschullehrer jetzt definitiv dahin geregelt, daß sie fortan auf die Dauer eines ganzen Jahres ausgedehnt werden soll. Dies kann im Hinblick auf die Bedürfnisse der Unterrichtsverwaltung aber nicht sogleich in Ausführung kommen, es wird vielmehr ein Uebergangsstadium geschaffen werden müssen, hierbei leite das bereitwillige Entgegenkommen des Herrn Kultusministers volle Gewähr, daß spätestens im Jahre 1900 die Einrichtung im vollen Umfange in Kraft treten kann. Im Uebrigen bemerke ich, daß der Herr Reichskanzler beschlossen und mich zur Mittheilung seines Beschlusses autorisirt hat, daß der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst künftig gewähren soll. Auf die fernere Frage eines zweiten Abgeordneten, wie es mit den Volksschullehrern gehalten werden würde, welche die Mittel zur Ableistung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes nicht nachweisen können, erwiederte der Kriegsminister weiter: Diese Volksschullehrer werden dann die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst nicht erwerben, sondern auf Staatskosten erhalten werden, dabei werden sie aber, wie es schon bisher geschehen ist und auch ferner beabsichtigt wird, möglichst gemeinsam untergebracht und ausgebildet werden.

Berlin. Dem verstorbenen Botschafter der Vereinigten Staaten, General Runyon, wird im Reichsanzeiger ein Nachruf gewidmet, in dem es heißt: „Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers beklagt aufrichtig den Heimgang dieses hervorragenden Staatsmannes, der es sich mit Erfolg stets hat angelegen sein lassen, die guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika zu pflegen und zu fördern, und welcher während seiner dreijährigen amtlichen Thätigkeit hierselbst verstanden hat, sich die Verehrung und Achtung Aller zu erwerben, die in amtliche und außeramtliche Beziehungen zu ihm getreten sind."

Berlin. Das „B. T." berichtet über eine Unterredung, welche der Kaiser kürzlich mit einem gelehrten alten Herrn gehabt, der den Uebergang zu einem rein parlamentarischen System als das beste Heilmittel gegen alle staatsverneinenden Bestrebungen empfohlen habe. „Was wollen Sie," versetzte Majestät lebhaft, „soll ich etwas thun, was ich meiner innersten Ueberzeugung nach für verkehrt halte und mehr noch, soll ich etwa etwas in Szene setzen, wozu mich die politische Lage durchaus nicht auffordert? Das wäre eine sehr unphilosophische Politik. Unsere Parlamente haben Majoritäten, aber keine Majorität. Mit wem soll man da regieren? Ich hoffe, daß ich wirklich kein unbescheidener Mensch bin, ich lasse mir ganz gern von einer Versammlung von tüchtigen Leuten imponiren, aber soll ich zum Zuspuren auffordern? Mein Volk benutzt seine verfassungsmäßigen Rechte, es nimmt mit der unseligen Parteizersplitterung auf, scheidet politisch die Ganzen von den Halben. Kommt dabei auch etwas Anderes heraus, das mir persönlich auch noch so sehr gegen den Strich geht, so werde ich doch der Erste sein, der die Achtung vor der Verfassung in Ehren hält. Ich werde häufig verkannt, obwohl ich meine Gedanken durchaus nicht verschleiere. Ich verrichte meine mir von Gott verliehene hohe Mission nach seinem Willen und Ermessen und denke nicht daran, meine Anschauungen irgend Jemandem aufzudrängen. Sobald das Gesetz nicht verletzt wird, mag Jeder den Pantoffel schwingen wie er Lust hat. Wo meine Kräfte zur Leitung der politischen Geschicke nicht ausreichen, bin ich Gott für das, was geschieht, nicht mehr verantwortlich. Unser Volk hat